

teleuropa in seiner ersten Fassung; diese Ablehnung zeigt sich in erster Linie in der Schaffung vollendeter Tatsachen, wie das besonders durch den Beschluß des Bundestages über die atomare Aufrüstung der westdeutschen Wehrmacht zum Ausdruck kommt.

Zugleich weichen die Westmächte einer Bestätigung ihrer Verpflichtungen, die sie hinsichtlich der deutsch-polnischen Grenze an der Oder und Lausitzer Neiße eingegangen sind, und ihrer Anerkennung aus. Alles das fördert die militaristischen und revanchistischen Kräfte in Westdeutschland und läßt sich mit den Forderungen nach Sicherheit für unsere Völker und nach Frieden für Europa nicht vereinbaren.

Beide Seiten sind sich darüber einig, daß in der Politik der führenden Kreise des Atlantikpaktcs der Deutschen Bundesrepublik eine besondere Rolle zugebracht ist. Von ihr geht eine Verschärfung der Spannungen aus, und dort befindet sich der Hauptgefahrenherd für den Frieden in Europa.

Die Westmächte haben die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens über die Entnazifizierung, Entmilitarisierung, Entmonopolisierung, Demokratisierung und Erhaltung der Einheit Deutschlands verletzt, was zur Wiedergeburt der reaktionären und militaristischen Kräfte in Westdeutschland geführt hat. Diese Kräfte setzen die Traditionen des deutschen Imperialismus fort. Hätten die Westmächte das Potsdamer Abkommen in seinen grundlegenden Bestimmungen eingehalten, so gäbe es heute überhaupt kein deutsches Problem, sondern einen einheitlichen, demokratischen und friedliebenden deutschen Staat mit Berlin als Hauptstadt.

Unter Ausnutzung ihrer Mitgliedschaft in den westlichen Militärbündnissen strebt die Regierung Westdeutschlands nach der Vorherrschaft der Bundesrepublik in Westeuropa. Westdeutschland hat den Weg der beschleunigten Remilitarisierung und der atomaren Bewaffnung beschritten, was die Sicherheit aller europäischen Völker einschließlich des deutschen Volkes selbst bedroht.

Die Bundesrepublik baut ihre Militärpositionen an der Ostsee aus, die in der Vergangenheit schon mehrfach von den deutschen Militaristen als Ausfallstraße gegen die Ostseeländer benutzt wurde.

Die Regierungskreise der Bundesrepublik, die sich auf den Ausbau ihrer Militärmacht orientieren, widersetzen sich am unnachgiebigsten allen Initiativen zur internationalen Entspannung und zur Beendigung des Wettrüstens.